

Malediven im Überblick

zusammengestellt für den Zeitraum ab August 2016 von Peter Lanzet

Al-Jazeera-Enthüllungen

Im längeren Rückblick stechen die Verwicklungen des maledivischen Präsidenten und weiterer maßgeblicher Repräsentanten des Staates in Korruption, Geldwäsche, Diebstahl und Betrug heraus. Die Abteilung für investigativen Journalismus beim Nachrichtensender Al Jazeera veröffentlichte im September 2016 den Film „Stealing Paradise“. Der Film belegt, dass Präsident Abdulla Yameen Gayoom zentraler maledivischer Nutznießer eines mit Singapur, Malaysia und Indonesien verbundenen Geldwäscherings ist, bei dem bis zu 1,5 Milliarden US Dollar Bargeld auf 12 Palletten in die Maledivische Staatsbank geflogen worden waren. Dort widmete man sie durch Zahlung von sogenannter Provision in falsche Papiere für den Kauf von Atollen und Inseln um. Anschließend flossen sie als sauberes Geld wieder ab. Die Story basiert auf Informationen, die auf drei Mobiltelefonen des ehemaligen Vizepräsidenten Ahmed Adeeb festgehalten waren. Der Präsident Yameen hatte ihn – wie auch den damaligen Verteidigungsminister – unter dem Vorwurf des Terrorismus in Folge einer ungeklärten Explosion an Bord der Präsidentenyacht im Oktober 2015 ins Gefängnis werfen lassen. Es liegen weitere Dokumente und Bekenntnisse, etwa von Geldboten vor.

Der Film zeigt auch, dass die maledivische Staatsbank von Investoren 80 Millionen US Dollar für den Verkauf von 59 Inseln einnahm. Der Präsident der Bank leitete diese Einnahmen ohne Umschweife auf das Privatkonto des Staatspräsidenten weiter. Der Leiter des maledivischen Rechnungshofes, Niyaz Ibrahim, legte einen Bericht darüber vor und wurde entlassen. Seine Familie erhielt außerdem Todesdrohungen. Der Vizepräsident instruierte korrupte Polizisten per SMS, den Rechnungshof niederzubrennen. Als ein prominenter Journalist, der den Verkauf von Inseln untersuchte, spurlos verschwand, schrieb Präsident Yameen an den Innenminister, nicht allzu viel Energie auf die Aufklärung des Falles zu verwenden. Der Fall wurde bis heute nicht aufgeklärt, der Journalist ist höchstwahrscheinlich tot.

In den 2000er-Jahren leitete Yameen das staatliche Öl- und Energieunternehmen. Damals war die burmesische Militärdiktatur von den USA mit Handelssanktionen belegt. Yameen verschob Öl im Wert von 150 Millionen US Dollar im Namen der Malediven an Burma. Vizepräsident Ahmed Adeeb instruierte die Polizei, das Büro der *Minivan News*, des einzigen unabhängigen Presseorgans,

zu zerstören und seine Sponsoren einzuschüchtern.

Präsident Yameen hatte seinen Vorgänger Nasheed 2013 durch einen Coup aus dem Amt gedrängt. Er ließ ihn 2014 festnehmen und ins Gefängnis werfen. Im Film erzählt der Fahrer des ehemaligen Innenministers, wie er Einsicht in ein Schreiben des Präsidenten an den Gerichtshof erhielt, in dem der Präsident die Dauer der Haft seines Vorgängers auf 13 Jahre festlegte. SMS-Texte belegen, wie korrupt die Justiz des Landes ist. So nehmen der Generalstaatsanwalt und der höchste Richter des Landes Instruktionen direkt vom Vizepräsidenten entgegen.

Obwohl schon vor der Ausstrahlung des Films mit den Erkenntnissen konfrontiert, hat die maledivische Regierung bis dato nicht dazu Stellung genommen. Eine Diskussion über die Vorwürfe fand in den Malediven – außerhalb der sozialen Medien – nicht statt, auch keine rechtliche Klärung. Beim Online-News-Portal *Minivan News*, jetzt *Maldives Independent News* wurde erneut eine Razzia durchgeführt. Seine Herausgeberin musste nach Sri Lanka fliehen.

Austritt aus dem Commonwealth

Die Menschenrechtsinitiative des Commonwealth veröffentlichte im September 2016 einen Bericht, der die große Sorge zum Ausdruck brachte, dass die Malediven erneut zur Diktatur würden und bereits jetzt am Rand von Gewalt und Anarchie stünden.² Chancen auf freie und faire Parlamentswahlen im Jahr 2018 werden in dem Bericht als unwahrscheinlich eingeschätzt. Die Menschenrechtsinitiative empfahl dem Commonwealth, die Mitgliedschaft der Malediven ruhen zu lassen, die Regierung von der Mitarbeit in Commonwealth-Institutionen auszuschließen und jedwede Entwicklungszusammenarbeit einzustellen. Im Oktober 2016 kamen die Malediven ihrem bevorstehenden Ausschluss aus dem Commonwealth durch ihren Austritt zuvor.

Höchstrichterliche Entlassung einer Amtsrichterin

Der Fall des Pachtvertrages für die Insel Bodumohora auf dem Faafu-Atoll wirft ein weiteres, schlechtes Licht auf die richterliche Neutralität der maledivischen Justiz. Der Pachtvertrag war zwischen der vorherigen Regierung unter Expräsident Nasheed und der Firma *Marine Technology Maldives* geschlossen worden. Die

neue Regierung erkannte diesen Vertrag nicht an. Die Firma zog vor Gericht und erhielt mehrfach Recht. Die Regierung legte jedes Mal Rechtsmittel ein, ohne dass es jedoch zu einer Neuverhandlung gekommen wäre. Die Amtsrichterin Mariyam Waheed entschied, dass der Pachtvertrag rechtens sei und sprach der Firma die Insel für die vorgesehene Nutzung zu. Am 18. Februar 2017 wurde sie daraufhin vom höchsten Zivilgericht des Landes ihres Amtes enthoben. Richter und andere Funktionsträger der maledivischen Justiz erhoben schwere Vorwürfe gegen diese Entscheidung und vermuteten eine direkte Einflussnahme von Seiten des Präsidenten. Die maledivische Verfassung sieht vor, dass ein Richter oder eine Richterin allein auf Vorschlag der maledivischen Justizkommission mit einer 2/3-Mehrheitsentscheidung durch das Parlament des Amtes enthoben werden kann.

Kommunalwahlen im April 2017

Nach einem am 8. Februar 2017 verabschiedeten Gesetz dürfen sich rechtskräftig Verurteilte, die beispielsweise wegen Betrugs, Korruption, Drogenmissbrauchs, Gewaltanwendung, Überfällen und anderem im Gefängnis saßen, drei Jahre nach Ablauf ihrer Strafe oder nach ihrer Begnadigung wieder um ein Mandat bei den Kommunalwahlen bewerben. Beobachter meinen, dass der Zeitbedarf, den das Parlament für die Verabschiedung dieses Gesetzes brauchte, nicht zufällig dazu führte, dass die Kommunalwahl mehrfach verschoben werden musste und nun auf den 15. April 2017 angesetzt wurde. Gewählt werden 563 Mitglieder von 179 Inselräten, 67 Mitglieder von 18 Atollräten und 23 Mitglieder von drei Stadtparlamenten. Die Wahl gilt als ein wichtiger Stimmungstest für die Regierung von Präsident Yameen. Dessen bis dato dreijährige Regierungszeit ist von Skandalen geprägt, hat den demokratischen Rechtsstaat abgeschafft und alle Institutionen gleichgeschaltet. Allerdings kann sie auch auf einen moderaten wirtschaftlichen Aufschwung, auf erhebliche Investitionen und künftige Investitionen Chinas und Saudi-Arabiens verweisen. Nach Angaben der Regierung wurden in dem Zeitraum 64.000 Jobs geschaffen.

Vorbereitung der Parlamentswahlen 2018

Die Mitgliederwerbung für Präsident Yameens Fortschrittspartei (*Progressive Party of the Maldives*, PPM) ist ein zentraler Bestandteil der Wahlvorbereitung. Die Fortschrittspartei hat als Ziel ausgegeben, zwei Drittel aller Wahlberechtigten zum Parteieintritt zu bewegen. An einem Wochenende Anfang Februar 2017 will sie 11.000 neue Mitglieder gewonnen haben. Es stellte sich heraus,

dass es sich dabei zumeist um die Mitarbeitenden staatlicher Betriebe (Hafen, Flughafen, Zoll) handelte, die sich zwecks Erhalts ihrer Jobs gezwungen sahen, Parteimitglieder zu werden.

Die PPM stellt sich den Wählern als künftiger Garant eines zu 100 Prozent muslimischen Landes vor. Demgegenüber würden andere Parteien Identität, Religion und Wirtschaft vernachlässigen. Aufgrund eines im Oktober 2016 verabschiedeten Wahlgesetzes verlangt die Wahlkommission des Landes von allen Parteien die erneute Registrierung. Diese kann allerdings nur auf der Basis vorliegender Listen aller Parteimitglieder mit Fingerabdrücken erfolgen. Ansonsten wird die Registrierung verweigert und die Partei von den Wahlen ausgeschlossen. Die herrschende Fortschrittspartei teilte mit, dass ihre Mitgliederlisten die notwendigen Fingerabdrücke bereits aufwiesen.

Das Staatsfernsehen verbreitet das politische Programm des Präsidenten und begleitet jeden Kampagnenerfolg. Über andere Parteien wird selten berichtet. Aminath Nadira, Mitglied einer Dissidentenfraktion innerhalb der PPM, sagte, es gäbe keine Freiheit, die Parlamentarier und Eliten des Staates sowie seiner Institutionen wären alle gekauft und korrumpiert. Sie ist davon überzeugt, die PPM würde bei einer freien und fairen Wahl keine 15 Prozent der Stimmen erhalten. Die Mitteilung der PPM, dass sie 31 Parlamentsmitglieder der größten Oppositionspartei *Maledivian Democratic Party* (MDP) zum Übertritt in die PPM bewegen konnte, überraschte nicht. Die MDP hat im Februar 2017 Hassan Latheef, einen prominenten Rechtsanwalt und früheren Minister, zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der ehemalige Vorsitzende der MDP und ehemalige Präsident der Malediven, Mohamed Nasheed, gratulierte Latheef zur Wahl; aus London, wo er im Exil lebt.

Außen- und Wirtschaftspolitik

Im Februar 2017 besuchte der chinesische Vizeaußenminister die Malediven zur sechsten Runde der außenpolitischen Konsultationen. China unterstützt die Malediven mit Krediten in Höhe von 373 Millionen US Dollar beim Ausbau des Flughafens und der Insel Hulhumalé sowie mit einem Zuschuss von 100 Millionen US Dollar für den Bau einer Brücke zwischen Malé und der Flughafeninsel Hulhumalé. Beide Projekte werden von chinesischen Firmen umgesetzt. Die Malediven wollen Teil der maritimen, chinesischen Seidenstraße werden und bereiten für Juni 2017 die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit China vor. Seitdem die Malediven nicht mehr zum Kreis der am wenigsten entwickelten Länder gehören, müssen sie für ihre Fischausfuhren in die EU Zölle zahlen. Die EU ist immer noch

der größte Handelspartner der Malediven. Präsident Yameen machte Stimmung gegen die Zollpflicht. Er unterstellte der EU, der Zoll sei die Strafe dafür, dass die Malediven die Heirat unter Gleichgeschlechtlichen und die Religionsfreiheit nicht einführen wollten.

Neue Märkte und Kooperationen wollen die Malediven mehr Richtung Osten, insbesondere gen China ausrichten. Zollfreie Einfuhren von Fisch für den chinesischen Markt wären eine große Unterstützung der maledivischen Fischerei, neben dem Tourismus der wichtigste Wirtschaftssektor. Die Regierung ist der Ansicht, die zollfreie Einfuhr günstiger Waren und Dienstleistungen aus China könnte den Malediven nur nutzen. Die Malediven haben außerdem ein Freihandelsabkommen (*South Asian Free Trade Arrangement* (SAFTA)) mit anderen Ländern in Südasien unterzeichnet.

Bereits 2015 war beschlossen worden, im nördlichsten Atoll Ihavandhippolhu eine Sonderwirtschaftszone mit Steuervorteilen und wenig Regeln einzurichten. Ein Umschlaghafen, ein Flughafen, schwimmende Lagerhallen und Docks sowie Resorts für den Tourismus sollen gebaut werden. Gegenwärtig werden Machbarkeitsstudien angefertigt, gefördert von der Regierung Saudi-Arabiens, die hier investieren will. Die maledivische Regierung erwartet Einzelinvestitionen von bis zu 100 Millionen US Dollar in die Sonderwirtschaftszone.

In der zweiten Märzwoche 2017 will der saudische König Salman bin Abdul-Aziz die Malediven im Rahmen seiner Asienreise besuchen. Präsident Yameen hat die Öffentlichkeit bereits über die Interessen der Saudis am Faafu-Atoll informiert. Diese wollen dort ein Großprojekt aufziehen, für das den Malediven die Mittel fehlen. Das entfachte die Spekulation, dass die bislang 4.365 Bewohner/-innen dieses Atolls umgesiedelt würden. Der Widerstand gegen das Projekt formiert sich. Während eines Besuchs von Präsident Yameen in Saudi-Arabien 2016 wurden dem Inselstaat Kredite in Höhe von 150 Millionen US Dollar zugesagt. Bereits jetzt sind saudi-arabische Firmen an Investitionen auf der Flughafeninsel Hulhumalé in Höhe von 180 Millionen US Dollar beteiligt. Zum Bau von Unterkünften für das Militär und als Budgethilfen wurden weitere Kredite in Höhe von 70 Millionen US Dollar bewilligt.

Die Malediven wurden 2016 Teil der 34 Länder umfassenden, saudisch-geführten „Islamisch Militärischen Allianz“ und unterzeichneten ein Dokument, das als „religiöse Brücke“ zwischen den Malediven und Saudi-Arabien verstanden wird. Dadurch soll der Status der Malediven als 100-prozentiges muslimisches Land

bewahrt werden. Es handelt sich um (Bücher-) Schenkungen an die islamische Universität der Malediven, den Austausch von Islamstudierenden sowie den Bau einer Moschee für 6.000 Gläubige.

Tourismus und Terrorismus

Ende Januar veranstaltete das Tourismusministerium ein Seminar über Schutzmöglichkeiten vor möglichen Terrorattacken, gemeinsam mit britischen Terrorismusexperten und Sicherheitsbeauftragten von rund 100 maledivischen Resorts. Die Malediven waren 2015 aufgeschreckt worden, als bekannt wurde, dass 200 Malediver zur Unterstützung des Islamischen Staates in den Irak und nach Syrien ausgereist waren. Anschläge gegen Touristen in Ägypten, Kenia und Tunesien erfüllen die Malediven mit Sorge. Ein einziger Terroranschlag gegen ein Resort auf den maledivischen Inseln würde genügen, um den gesamten Tourismus und damit die Haupteinkommensquelle des Landes nachhaltig zu schädigen. Im Februar 2016 hatte der Präsident das *National Counter Terrorism Centre* eröffnet. Es soll radikalisierte, maledivische Muslime ausfindig machen und ihnen Unterstützung anbieten, damit sich kein Malediver angesprochen fühlt, im Namen des Dschihad zu den Waffen zu greifen.

Die Regierung plant außerdem ein nationales Programm, um die islamische Einheit und den Patriotismus zu festigen. Es richtet sich vor allem an Kinder und Jugendliche, die dazu erzogen werden sollen, den Islam zu lieben, loyal zur Nation zu stehen und bereit zu sein, zu seinem Wohl beizutragen. Das Programm soll Wissen über maledivische Helden und ihre Taten in den heiligen Kriegen (Dschihad) vermitteln sowie die Opfer aufzeigen, die sie für die Unabhängigkeit und Souveränität der Malediven erbracht haben.

Menschenrechtspreis für Nasheed

Der in Großbritannien im Exil lebende, ehemalige Präsident der Malediven, Mohamed Nasheed, wurde am 22. Februar in Genf mit dem *2017 Courage Award* ausgezeichnet. Der Preis wird von 25 internationalen Menschenrechtsgruppen am Rande des Gipfels für Menschenrechte und Demokratie vergeben, der jährlich vor der Sitzung des UN-Menschenrechtsrates stattfindet.

Endnoten

- ¹ <https://www.youtube.com/watch?v=15N9K3wXh0Y#t=9.851187892>
- ² <http://www.humanrightsinitiative.org/download/1474271150CMAG%20Final%20submission%20-%20Maldives%20-%20CHRI%2018%20September%202016.pdf>